

Bündnis für das wachsende Wien



**Vereinbarung der Stadt Wien,
Arbeiterkammer Wien und
Österreichischer Gewerkschaftsbund**

unterzeichnet am 20. März 2019

Bündnis für das wachsende Wien

Vereinbarung der Stadt Wien,
Arbeiterkammer Wien und
Österreichischer Gewerkschaftsbund
unterzeichnet am 20. März 2019

Inhalt

Präambel	4
Gute Arbeit	6
Qualitätvoller Wirtschaftsstandort	13
Bildung und Qualifikation	17
Digitalisierung zum Nutzen der Menschen	23
Zusammenleben in der wachsenden Metropole Wien	28

Präambel

AK, ÖGB und Stadt Wien bekennen sich zum österreichischen System der gesetzlichen Interessenvertretungen und zur Sozialpartnerschaft. Die besondere Gesprächs- und Verhandlungskultur der Sozialpartner mit dem Ziel, gesamtgesellschaftliche Interessen gemeinsam zu finden, zu vertreten und durchzusetzen, schafft sozialen Frieden und nützt allen: den ArbeitnehmerInnen, der Wirtschaft und der Gesellschaft. Durch die intensive Einbindung der Sozialpartner in zentrale Fragen des Arbeitsmarktes, der sozialen Sicherheit und der Stadtentwicklung erlangte Wien einen weltweit geschätzten Standortvorteil und zählt heute zu den lebenswertesten Städten der Welt. Diese Zusammenarbeit wollen wir intensivieren und damit auch die Sozialpartnerschaft stärken, etwa durch Einbindung der Sozialpartner in die Erstellung relevanter Strategien der Stadt Wien wie der Wiener Digitalisierungsstrategie, der Wirtschafts- und Innovationsstrategie oder des Stadtentwicklungsplans.

Wir werden im städtischen Handlungsrahmen weiterhin intensiv zusammenarbeiten, uns fachlich austauschen und vor dem Hintergrund gemeinsamer politischer Haltungen Vorhaben miteinander umsetzen, damit die hier definierten Ziele erreicht werden. Die Stadt Wien bekennt sich zu einem aktiven Staat, der soziale Verantwortung wahrnimmt. Öffentliche Daseinsvorsorge, ein leistungsfähiges Sozial- und Gesundheitswesen, Armutsprävention und ein besonderes Augenmerk auf marginalisierte Gruppen sowie den Umwelt- und Klimaschutz sehen wir als die wesentlichen Aufgaben. Diese sind solidarisch durch faire Steuern und ein gut ausgebautes System der sozialen Sicherheit zu finanzieren. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Dies dient der sozialen Sicherheit, einer gerechteren Verteilung des Wohlstands, aber auch der Stabilität des Wirtschaftssystems, sind soziale Leistungen doch unmittelbar und zu einem hohen Anteil in Wien nachfragewirksam.

Das vorliegende Dokument ist eine Grundsatzvereinbarung zwischen AK Wien, ÖGB und Stadt Wien und fasst die für alle Seiten wichtigsten Politikfelder und zentralen Positionen in konsensualer Form zusammen. In den insgesamt fünf Kapiteln sind folgende Themenbereiche abgebildet:

- Gute Arbeit
- Qualitätsvoller Wirtschaftsstandort
- Bildung und Qualifikation
- Digitalisierung zum Nutzen der Menschen
- Zusammenleben in der wachsenden Metropole Wien

Jeder Themenbereich ist dabei in folgende Punkte unterteilt:

- Einleitungsteil, der das Thema umreißt,
- Handlungsfelder, in denen heute bereits Schritte gesetzt, und
- zukünftige Leuchtturmprojekte, die gemeinsam umgesetzt werden.



Gute Arbeit

Ausgangssituation

Arbeit ist zentraler Bestandteil des Lebens: Sie dient der materiellen Existenzsicherung, ist aber auch wichtiger Bestandteil des eigenen Selbstbewusstseins und der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen. Zur Absicherung der hohen Lebensqualität in Wien ist das Konzept der „Guten Arbeit“ unerlässlich.

Neben einem existenzsichernden Einkommen zielt „Gute Arbeit“ auf eine hohe Beschäftigungsqualität. Gute Arbeit umfasst neben fairen Löhnen und Arbeitsplatzsicherheit auch sozialen Schutz, Gesundheitsschutz sowie eine familienfreundliche Arbeitsorganisation. Gute Arbeit setzt die Anerkennung erworbener Qualifikationen und eine der Qualifikation entsprechende Beschäftigung voraus. Ein breiter Niedriglohnsektor, wie er in einigen Regionen in Europa und der Welt existiert, hat in Wien keinen Platz. Eine starke ArbeitnehmerInnenvertretung in sozialpartnerschaftlicher Tradition ist notwendige Voraussetzung, um diese Ziele zu erreichen.

Das politische Umfeld und die Lohnpolitik müssen es ermöglichen, dass alle Beschäftigten am steigenden Wohlstand beteiligt werden – unabhängig davon, ob sie in einer Branche mit schnellem technischen Fortschritt und hohem Maschineneinsatz oder mit hohem Einsatz von menschlicher Arbeitskraft tätig sind. Sie stellen sicher, dass einerseits Unternehmen mit schwächerem Produktivitätswachstum nicht durch niedrige Lohnabschlüsse zulasten der Beschäftigten erhalten werden. Andererseits lassen sie hochproduktiven Betrieben mehr Raum für Entwicklung und Wachstum, da Innovationsvorsprünge nicht durch eine überschießende Lohnentwicklung abgefangen werden.

Der technologische Wandel wird die Arbeitswelt verändern und stellt die Beschäftigten vor erhebliche Herausforderungen. Dieser Wandel der Arbeitswelt verlangt gezielte politische Steuerung, insbesondere mit Blick auf die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Eine Untersuchung der Forschungsstelle Arbeitswelt (FORBA) sieht starke Beschäftigungsanstiege in Wien vor allem für die Bereiche Gesundheits-, Pflege- und Sozialwesen, freiberufliche wirtschaftliche und wissenschaftliche Dienstleistungen, IKT, Erziehung und Unterricht, Beherbergung und Gastronomie, Wasserversorgung und Abfallentsorgung, aber auch Kunst, Kultur und Unterhaltung.

Das stärkste Wachstum wird dem Gesundheits- und Sozialbereich vorausgesagt, der nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, sondern zentrale Grundlage der hohen Lebensqualität in Wien. Das Wiener Gesundheits- und Sozialsystem ist Motor des wissenschaftlichen, technologischen und organisatorischen Fortschritts und Treiber der sozialen Innovationen in Wien. Ein gut ausgebauter Gesundheits- und Sozialbereich ist auch wesentliche Voraussetzung zur Verwirklichung „guter Arbeit“ und des „guten Lebens“.

Die Stadt bekennt sich zu umfangreichen Aktivitäten sowohl auf Seiten der Arbeitsmarkt-

nachfrage, also beispielsweise durch konjunkturstabilisierende Maßnahmen, als auch auf Seiten der Schaffung neuer Arbeitsplätze am Standort Wien. Hierzu wird Wien die verfügbaren Instrumente eines Bundeslandes einsetzen: investieren, Sozialdumping und Steuerbetrug bekämpfen und Qualifikationen fördern.

Gute Arbeit ist kein Luxus, dem nur unter der Voraussetzung wirtschaftlichen Wachstums Beachtung geschenkt werden kann, sondern ein Grundpfeiler einer lebenswerten Stadt und ein zentrales Element des Wirtschaftsstandortes Wien. Sie muss für alle gesellschaftlichen Gruppen zugänglich sein. Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, des Alters, der sexuellen Orientierung, aufgrund von Behinderung, Krankheit oder der Herkunft werden keinesfalls toleriert.

Handlungsfelder

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHWERTIGE ARBEIT

Obwohl Diskriminierung nach Geschlecht verboten ist und eigene Frauenlohngruppen bereits in den 1970er-Jahren abgeschafft wurden, gibt es nach wie vor viele Benachteiligungen für Frauen in der Gesellschaft, im Arbeitsprozess und beim Einkommen. Der Gender Pay Gap (ganzjährig und Vollzeit beschäftigt) beträgt in Österreich derzeit 19,9 %. In Wien ist er mit 15,2 % zwar deutlich niedriger, zeigt aber auch hier noch akuten Handlungsbedarf. Er ist die Folge von Ungleichbehandlung bei der häuslichen Arbeitsverteilung, beim beruflichen Aufstieg und beim Einkommen. Mehrheitlich von Frauen ausgeführte Berufe und sogenannte Care-Arbeit werden schlechter bezahlt als Berufe, die von Männern dominiert werden. Hier bedarf es weiterer Maßnahmen und Initiativen, um dem entgegenzusteuern. Auch Initiativen, die beispielsweise Frauen in MINT- und Männer in Pflegeberufe bringen – wie etwa der „Wiener Töchterttag“ oder die „Boys Days“ –, sind fortzuführen und zu verstärken. Eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ist nicht mit dem Konzept „Gute Arbeit“ vereinbar. Die Überwindung des Gender Pay Gaps bleibt zentrales Ziel von AK, ÖGB und Stadt Wien.

Eine angemessene Bezahlung, wie sie von den Sozialpartnern ausgehandelt wird, ist zentraler Bestandteil von „Guter Arbeit“. Umgehungen dieser Standards und Lohndumping unterminieren die hohe Lebensqualität in Wien und sind daher nicht hinnehmbar. Im städtischen Nahverkehr würden verpflichtende EU-weite Ausschreibungen enorme Kosten und Unsicherheiten für die städtischen Infrastrukturen bringen. Die Stadt Wien wäre jedoch auch von einem Verbot von Direktvergaben im Schienenfernverkehr betroffen, da eine Gefährdung der Bahnen, allen voran der ÖBB, massive standortpolitische Auswirkungen für Wien hätte: Verlust von Aufträgen für die Werkstätten und die lokale (Zuliefer-)Industrie, weniger Ressourcen für die Lehrlingsausbildung, Bedrohung des Verkehrsangebots etc. Die AK Wien, der ÖGB und die Stadt Wien geben ein gemeinsames Bekenntnis dazu ab, die Wahlfreiheit zwischen wettbewerblichen Verfahren und Direktvergaben sowohl für den regionalen als auch den überregionalen Verkehr beizubehalten.

Die Lohnpolitik endet nicht an den Grenzen Österreichs. Die Dienstleistungsfreiheit ist eine der Grundfreiheiten der Europäischen Union. Sie garantiert Unternehmen mit Sitz in einem Mitgliedsland, ihre Dienstleistungen auch in anderen Mitgliedsländern anbieten zu können. Da dadurch jedoch die Gefahr besteht, dass die unterschiedlichen Lohnniveaus zwischen den Mitgliedsländern zu deutlichen Wettbewerbsverzerrungen führen, regelt die Entsenderichtlinie den Grundsatz des gleichen Lohns am gleichen Ort. So soll sichergestellt werden, dass nach Österreich entsandte ArbeitnehmerInnen den gleichen Lohn wie in Österreich ansässige ArbeitnehmerInnen erhalten.

Zur Überprüfung der Einhaltung dieser Standards wurde das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG) geschaffen. Stadt Wien, AK und ÖGB setzen die Kooperationen und den regelmäßigen Austausch zum Know-how-Transfer in diesem Zusammenhang fort.

DEN ARBEITSMARKT AKTIV UND BEDARFSGERECHT GESTALTEN

Der Markt alleine wird es nicht richten! Gerade der Arbeitsmarkt ist durchzogen von zahlreichen Diskriminierungen und Dysfunktionalitäten. Hierdurch entstehen individuelle und gesellschaftliche Schäden, die nur durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu bekämpfen sind. AK, ÖGB und Stadt Wien werden ihr Handeln weiterhin am Maximieren der Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener orientieren:

- Wir stehen für den Erhalt und den Ausbau der Sozialpartnerschaft als wesentlichen Bestandteil der kollektiven Absicherung der Beschäftigten.
- Wir lehnen Diskriminierungen am Arbeitsmarkt ab und werden daher weiterhin gezielt unterrepräsentierte Gruppen am Arbeitsmarkt unterstützen. Frauenförderung auf allen Ebenen und Weiterqualifizierungsangebote speziell für gering qualifizierte Menschen seien hier exemplarisch genannt, ebenso das Schaffen von alternsgerechten oder behindertengerechten Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen.
- Der Bund wird aufgefordert, die Aktion 20.000 fortzusetzen, um der Diskriminierung älterer Menschen am Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sind zentraler Bestandteil insbesondere sich wandelnder Arbeitswelten, um den Menschen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen und dem Fachkräftebedarf der Wirtschaft zu begegnen. Sie sind als Bestandteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik in den kommenden Jahren auszubauen.
- Aktive fiskalpolitische Stimuli in Krisenzeiten bleiben wichtiger Bestandteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die Stadt Wien wird hierzu auch ihre Vergabeverfahren überprüfen und entsprechend ausrichten.
- Die Verknappung des Arbeitskräfteangebots – etwa durch Kurzarbeit – muss als Instrument des Bundes beibehalten werden.

- Eine der großen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt ist, dass rund ein Drittel der ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund keine ihrer Qualifikation entsprechende Beschäftigung haben. Stadt Wien, AK und ÖGB bekennen sich daher dazu, die Anerkennung von Qualifikationen zu erleichtern und gemeinsame Strategien zur Beseitigung der Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt zu verfolgen.

SOZIALE ABSICHERUNG SICHERSTELLEN

Gute Arbeit bedeutet gute soziale Absicherung für den Fall, dass sie benötigt wird. Die Stadt Wien, AK Wien und ÖGB treten daher für einen umfassenden Sozialstaat ein, der auf Basis gegenseitiger Hilfe die Unterstützung der gerade Bedürftigen durch die gerade Leistungsfähigen sicherstellt. Große Vermögen müssen ebenfalls ihren Beitrag zum gesamtgesellschaftlichen Vorankommen leisten.

Arbeitslosigkeit hat gravierende Auswirkungen. Sie ist eine der Hauptursachen für Armutsgefährdung, daher ist eine ausreichende und existenzsichernde Leistung während der Arbeitslosigkeit neben passenden und qualitätsvollen Angeboten zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ein zentraler Pfeiler der Arbeitsmarktpolitik. Die Abschaffung der Notstandshilfe und Einführung eines an „Hartz IV“ angelehnten Systems für Arbeitslose würde die Armutsgefährdung massiv erhöhen und viele Menschen um ihre Ersparnisse bringen.

Stadt Wien, AK und ÖGB bekennen sich daher zu einer existenzsichernden sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit und einer Beibehaltung der Notstandshilfe. Darüber hinaus besteht Einigkeit darüber, dass eine Neuregelung der Arbeitslosenversicherung zu keinen Pensionskürzungen führen darf.

Stadt Wien, AK und ÖGB stehen für eine Existenzsicherung durch finanzielle Unterstützung von bedürftigen Personen, nicht nur, aber im Speziellen im Bereich der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS). Das inkludiert eine entsprechende Leistungshöhe und die Berücksichtigung der Haushaltsgröße, damit aus armen Kindern keine armen Erwachsenen werden. Stadt Wien, AK und ÖGB bekennen sich zu umfangreichen Fördermaßnahmen für eine langfristige Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unter dem Aspekt „fördern und fordern“ sowie generell zu einer Politik, die die Situation der Betroffenen verbessert und sie nicht noch mehr an den Rand der Gesellschaft drängt.

Besonderes Augenmerk soll auf Jugendliche und junge Erwachsene in der Wiener Mindestsicherung gelegt werden, um eine Verfestigung von Mindestsicherungsbezügen und die Vererbung von Armut zu verhindern. AK und ÖGB unterstützen die von der Stadt Wien und dem AMS Wien geplante Schaffung des One-Stop-Shops zur verbesserten sozialen und arbeitsmarktpolitischen Betreuung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Einschnitte bei der Unterstützung für Kinder werden abgelehnt, da sie die Kinderarmut in Wien verstärken werden.

NEIN ZU „SCHLECHTER ARBEIT“

Nicht jede Arbeit ist gute und sinnstiftende Arbeit. Die zunehmende Prekarisierung und Zerstücklung von Tätigkeiten bringt immer wieder Jobs hervor, die nicht mit den Standards der guten Arbeit übereinstimmen. Es muss möglich sein, solche Jobs sanktionsfrei abzulehnen. Es geht nicht um Arbeit um jeden Preis, sondern darum, den Menschen ein würdevolles und gutes Leben zu ermöglichen.

Leuchtturmprojekte

■ **Gemeinsame Aktivitäten aus Anlass 100 Jahre ILO**

Die International Labour Organization (ILO) feiert 2019 ihren Gründungstag vor 100 Jahren. Sie setzt sich auf der ganzen Welt für soziale Gerechtigkeit sowie Menschen- und Arbeitsrechte ein. Ihre hohe Bedeutung zeigt sich auch daran, dass sie eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UN) ist. AK, ÖGB und Stadt Wien organisieren zu diesem Anlass gemeinsame Aktivitäten.

■ **Weitere Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Passende und qualitative elementare Bildungs- und Betreuungsplätze sind entscheidende Faktoren für Eltern, um Familie und Beruf gut in Einklang bringen zu können. Um den Prozess bei der Suche nach einem geeigneten Platz zu erleichtern, wird das vorhandene Informationsangebot für Eltern verbessert und werden die Online-Anmeldemöglichkeiten ausgebaut. Ziel ist auch der weitere Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige. Darüber hinaus wird es einen Ausbau der Sommerbetreuung etwa über Summer City Camps geben.

■ **Frauenfördernde Maßnahmen**

Berücksichtigung von Gender-Aspekten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge: Die Stadt Wien verpflichtet ihre Magistratsabteilungen bei der Vergabe von Dienstleistungsaufträgen, dass bietende Unternehmen im Angebot Frauenförderungsmaßnahmen vorweisen und deren Umsetzung innerhalb einer bestimmten Frist nachweisen. Die AK Wien nimmt das Vorbild der Stadt zum Anlass, in ihren Leitlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe bei der Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge, gemäß dem Wiener Modell, Frauenförderungsmaßnahmen zu verfolgen und Gender-Aspekte zu berücksichtigen.

■ **Sozial- und Qualitätskriterien für öffentliche Auftragsvergaben**

Es werden Sozial- und Qualitätskriterien für öffentliche Auftragsvergaben erarbeitet, um jenen Unternehmen, die eine hohe gesellschaftliche und soziale Verantwortung (Beschäftigung von Frauen, älteren Personen und Angehörigen sozial benachteiligter Gruppen, Lehrlingsausbildung, Bezahlung über dem Kollektivvertrag, Aus- und Weiterbildung) mittragen, faire Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen. Ziel ist insbesondere auch, Beschäftigung für Wiener MindestsicherungsbezieherInnen zu generieren.

■ **One-Stop-Shop zur Betreuung von jungen MindestsicherungsbezieherInnen**

Die Stadt Wien richtet mit dem AMS Wien einen One-Stop-Shop zur Betreuung von jungen MindestsicherungsbezieherInnen ein. ÖGB und AK Wien unterstützen dieses Projekt in ihren Funktionen im AMS Wien auf allen Ebenen.

■ **Beschränkung von Subunternehmerketten in der Baubranche**

Die im Bausektor verbreitete Praxis, Teile des Gesamtauftrags an Subunternehmen weiterzugeben, bringt in der Realität komplexe Subunternehmerketten hervor, die den Nährboden für Sozialbetrug, Schwarzarbeit und Lohn- und Sozialdumping bereiten. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe von AK Wien, ÖGB und Stadt Wien erstellt Leitlinien, in denen eine Beschränkung der Weitergabe von Teilen der Leistung an Subunternehmer ab Zuschlagserteilung verankert wird. Vorab prüfen JuristInnen der Arbeitsgruppe die unions- und nationalrechtliche Zulässigkeit. Ein EU-Ländervergleich bringt in Erfahrung, in welchen Ländern gesetzliche Beschränkungen von Subunternehmerketten bereits Realität sind.

Qualitätsvoller Wirtschaftsstandort

Ausgangssituation

Der Wiener Wirtschaftsstandort zeichnet sich durch die hohe Qualität seiner Produkte und Dienstleistungen aus. In einen Wettbewerb der niedrigen Löhne und Sozialabgaben kann und will Wien nicht eintreten. Stattdessen sind soziale Absicherung, ArbeitnehmerInnenschutz und gute Ausbildung unsere Grundpfeiler für einen qualitätsvollen, produktiven Arbeits- und Wirtschaftsstandort.

Wien ist das Wirtschaftszentrum Österreichs und hat seit der Ostöffnung eine Drehscheibenfunktion zu seinen Nachbarländern eingenommen. Das Wiener Bruttoregionalprodukt beträgt mehr als 90 Milliarden Euro, das ist rund ein Viertel der österreichischen Wirtschaftsleistung. Die Bundeshauptstadt verfügt über rund eine Million versicherte Beschäftigungsverhältnisse. Wiens Attraktivität für Unternehmen, ihre Beschäftigten und die Bevölkerung gilt es in Zukunft weiter abzusichern und auszubauen.

Dank 861 forschungs- und entwicklungsstarken Unternehmen mit insgesamt 17.531 F&E-Beschäftigten weist die Wiener Wirtschaft eine hohe Innovations- und Technologieorientierung auf. Gemessen an der F&E-Quote von 3,66 % liegt die Stadt im europäischen Spitzenfeld der Metropolregionen. Beim Output (zB Patentanmeldungen) liegt Wien bereits im oberen Drittel, mit anhaltender Tendenz nach oben. Zu den Schlüsseltechnologien der Stadt zählt vor allem die Biotechnologie, aber auch in den Bereichen Umwelttechnologien und Digitalisierung hat Wien mit wichtigen Unternehmen und einer Reihe starker Forschungsinstitute (zB Comet-Zentren) eine bedeutende Stellung. Wien hat sich auch als führender Standort für Unternehmen aus der Gesundheitswirtschaft etabliert.

Im internationalen Vergleich erweisen sich ein hochqualifiziertes Arbeitskräftepotenzial, die hohe Lebensqualität und die erstklassige Infrastruktur als herausragende Voraussetzungen für Unternehmen und Beschäftigung. Die Wiener Daseinsvorsorgeleistungen und die sehr gut funktionierende Verwaltung Wiens bilden dafür eine weithin sichtbare Grundvoraussetzung, das gilt es abzusichern und zu stärken.

All diese Faktoren tragen maßgeblich zur wirtschaftlichen Kraft der Wiener Metropolregion bei. Umso bedeutender für die Zukunft der Stadt ist eine akkordierte und zielgerichtete Wirtschaftspolitik, die vorhandene Stärken aufnimmt und zugleich offen für Innovation ist. Die FTI-Strategie der Stadt Wien – „Innovatives Wien 2020“ – gibt dafür klare Leitplanken vor und wird laufend weiterentwickelt.

Handlungsfelder

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FUNKTION WIENS IN DER METROPOLREGION

Kernstadt und Umlandregionen sind eng miteinander verflochten, jeden Tag pendeln rund 260.000 Menschen – vorwiegend aus Niederösterreich und dem Burgenland – nach Wien ein. Der Wiener Arbeitsmarkt muss also als überregionaler Arbeitsmarkt verstanden werden. Sinnvolle Strategien zwischen Wien und dem Umland müssen somit auch durch eine gemeinsame regionale Abstimmung entwickelt werden. Die Umlandregionen Wiens sind verkehrstechnisch besser an die Stadt anzubinden. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die großen Potenziale des öffentlichen Verkehrs zu richten.

ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE

Öffentliche Daseinsvorsorge, also Gesundheits- und soziale Dienstleistungen, aber auch Leistungen von der Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung bis hin zum öffentlichen Personennahverkehr sichern Beschäftigung und Wertschöpfung in Wien. Sie stellen die Basis für die hohe Lebensqualität in Wien dar und sind zentraler Bestandteil des Wiener Wohlstands. Das Wiener Gesundheits- und Sozialsystem befördert auch das Zusammenspiel von wissenschaftlichem, technologischem und organisatorischem Fortschritt mit dem Ziel, diesen Bereich zu einem Motor sozialer Innovationen zu entwickeln.

STÄDTE BRAUCHEN SPIELRAUM FÜR INVESTITIONEN – EINE „GOLDENE INVESTITIONSREGEL“

Die Rolle der Wiener Daseinsvorsorgeleistungen als ein zentrales wirtschaftliches Fundament der Region ist strategisch abzusichern und zu stärken. Zur Stärkung der öffentlichen Investitionstätigkeit braucht es Änderungen des österreichischen und europäischen Budget-Regelwerks: Durch die Einführung einer sogenannten Goldenen Investitionsregel würden öffentliche Investitionsausgaben aus den aktuellen Grenzwerten für die Neuverschuldung ausgenommen. Von der besonderen Anziehungskraft der Metropolregion Wien profitieren auch die angrenzenden Regionen. Die großen Aufgaben der kommenden Jahre sollten im Finanzausgleich besondere Aufmerksamkeit finden, etwa mit einer klaren Aufgabenorientierung für Investitionen in die soziale Infrastruktur.

WISSENSCHAFT, FORSCHUNG, TECHNOLOGIE

Die städtische Forschungsförderungspolitik der vergangenen Jahre wird mit den relevanten Akteuren abgestimmt, konsequent fortgesetzt und intensiviert. Dazu gehören Aktivitäten wie das „Wiener Forschungsfest“, auch damit positioniert sich Wien als „Technologiestadt“. Um dies weiter zu stärken, den Nutzen für die Beschäftigten sichtbar zu machen, aber auch die Unterstützung durch die Bevölkerung zu steigern, werden weitere Maßnahmen gesetzt.

PRODUKTION IN DER STADT

Produktion und Industrie in der Stadt sind ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor, nicht nur in Hinblick auf gute Beschäftigung, sondern auch für den Bereich Forschung und Entwicklung. Mit dem Fachkonzept „Produktive Stadt“ gibt es ein eindeutiges Bekenntnis der Stadt Wien für die Industrie, dass auch unter dem zunehmenden Druck einer wachsenden Stadt ausreichend Flächen für das verarbeitende Gewerbe zur Verfügung stehen. Darüber hinaus setzt die Stadt über die Wirtschaftsagentur Wien entsprechende Förderschwerpunkte.

Leuchtturmprojekte

■ **Erhalt des städtischen Eigentums**

Der Erhalt des öffentlichen bzw städtischen Eigentums zB bei öffentlichem Verkehr, Wasserversorgung und Wasserentsorgung, Energie und Fernwärme, Abfallwirtschaft, sozial und gefördertem Wohnbau, aber auch sozialer Infrastruktur wie Gesundheit, Bildung oder Pflege wird als gemeinsames Projekt angesehen. Die hohe Qualität und Leistbarkeit dieser Dienstleistungen sind von elementarer Bedeutung für die Wiener Bevölkerung und sichern die Lebensqualität in dieser Stadt.

■ **Finanzierung öffentlicher Infrastruktur**

Die Finanzierung öffentlicher Infrastruktur wird von den Bündnispartnern vermehrt thematisiert. Wien ist mit der Eurocities-Arbeitsgruppe zu „Long Term Investments“ auf europäischer Ebene bereits sehr aktiv.

■ **Bundesländerübergreifende standortpolitische Kooperationsstruktur**

Mit der Gründung der bundesländerübergreifenden Plattform für wirtschaftsräumliche Themen in der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) wurde ein Grundstein für die bessere Koordinierung von wirtschaftspolitischen Themen der drei Bundesländer Burgenland, Niederösterreich und Wien geschaffen. Stadt Wien, AK und ÖGB setzen sich für eine weitere Forcierung von bundesländerübergreifenden Planungs- und Koordinierungsstrukturen in der wachsenden Metropolregion ein und werden dazu einen regelmäßigen Informationsaustausch führen. Dies ist insbesondere im Verkehrsbereich aufgrund stark wachsender PendlerInnenzahlen erforderlich. Zur besseren Berücksichtigung der Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen wird gemeinsam eine Strategie entwickelt.

■ **Bedeutung von betrieblicher Innovation für die Beschäftigung sichtbar machen**

Zur Betonung der Bedeutung von betrieblicher Innovation für die Beschäftigungsentwicklung in Unternehmen soll die Teilnahme am „Wiener Forschungsfest“ intensiviert und eine gemeinsame Auszeichnung geschaffen werden.

Bildung und Qualifikation

Ausgangssituation

Wien hat im Vergleich mit anderen europäischen Metropolregionen eine gute Position. Laut „Viertem Bericht der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ (WIFO, 2015) ist Wien ein überdurchschnittlich leistungsfähiger und innovativer Standort. Auch der Wiener Arbeitsmarkt ist gekennzeichnet von starkem Wachstum. Prognosen gehen davon aus, dass auch in Zukunft zusätzliche Arbeitsplätze in Wien entstehen, und zwar vor allem im Bereich von mittleren und höheren Qualifikationserfordernissen.

Bildung ist die Grundlage für ein gutes Leben, Teilhabemöglichkeiten, Chancengerechtigkeit und den sozialen Aufstieg und darf niemanden ausschließen. Sie muss den Selbstwert jedes Menschen durch gemeinsames und mitbestimmtes Lernen stärken, begleitet von multiprofessionellen, an den jeweiligen Lebensabschnitt angepassten PädagogInnenteams in Kindergärten, Schulen, Hochschulen und in Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Wien braucht engagierte Zukunftsprojekte, damit jede Wienerin und jeder Wiener die eigenen Potenziale und Talente voll entwickeln kann – vom Kindergarten bis in die Erwachsenenbildung. Das bringt Chancengerechtigkeit und eröffnet Perspektiven in allen Lebensabschnitten. Qualifikation und Bildung sind zentrale Ausgangspunkte für Wohlstand, Lebensqualität und Innovationen.

Nur eine Strategie des lebenslangen und lebensbegleitenden Lernens durch ein vielfältiges und zeitgemäßes Bildungsangebot ermöglicht es, den hohen Ansprüchen der modernen Arbeitswelt gerecht zu werden und sich auf diese Veränderungen in der Zukunft vorzubereiten. Das Erlernen von wichtigen Grundkompetenzen und das Nachholen von Bildungsabschlüssen müssen daher auch nach der Schul- und Ausbildungspflicht in jedem Alter und für alle ArbeitnehmerInnen möglich sein. Gemeinsamer Schwerpunkt ist der Qualifikationsplan 2030 mit Fokus darauf, dass möglichst viele WienerInnen (Junge und Erwachsene) über den Pflichtschulabschluss hinauskommen.

Handlungsfelder

QUALIFIKATIONSPLAN WIEN 2030

Der Qualifikationsplan Wien 2030 umfasst arbeitsmarkt-, wirtschafts- und bildungspolitische Zielsetzungen und fokussiert auf die Höherqualifizierung von formal gering qualifizierten Menschen. Es sollen mehr Personen unterstützt werden, einen Bildungs- und Berufsabschluss, der über dem Pflichtschulniveau liegt, sowie höhere (formale) Bildungsabschlüsse zur Erweiterung der beruflichen Kompetenzen zu erlangen. Stadt Wien, AK Wien und ÖGB bekennen sich zur laufenden strategischen Weiterentwicklung und operativen Umsetzung des Qualifikationsplans Wien 2030.

Besonderes Augenmerk wird auf Weiterbildungsangebote für Niedrigqualifizierte, Weiterbildung am Arbeitsplatz und in der Arbeitszeit sowie die Zusammenarbeit mit den BetriebsrätInnen für Beratung und konkrete Bildungsmaßnahmen gelegt. Ziel ist auch die Weiterentwicklung und Erleichterung der Anerkennung von Kompetenzen bei der Erlangung von Berufsabschlüssen.

Der Zugang zu formalen Bildungsabschlüssen soll verbessert werden. Dazu zählen die Sicherstellung und der Ausbau von kostenfreien Basisbildungskursen und Vorbereitungslehrgängen zum Pflichtschulabschluss auch über das Jahr 2021 hinaus. Ein Fokus gilt Jugendlichen, die nur in einem bzw zwei Fächern negativ abgeschlossen haben und einzelne Module wiederholen müssen; hier braucht es ein Angebot an Vorbereitungskursen und Begleitung.

Weiters ist das Nachholen des Lehrabschlusses von großer individueller und regional-ökonomischer Bedeutung. Wiener Akteure sollen ihre Fördermöglichkeiten bündeln und aufeinander abstimmen. Mit dem Wiener Qualifikationspass gibt es ein Werkzeug, mit dem sowohl AMS als auch waff am beruflichen Ziel und der Höherqualifizierung arbeiten.

FRÜHFÖRDERUNG UND SCHULE

Wiener Kindergärten bieten die besten Startbedingungen für jedes Kind durch frühe, qualitätsvolle und individuelle Förderung im Kindergarten ums Eck. Der Ausbau der Plätze und des Angebots ist nicht nur aufgrund des Wachstums der Stadt, sondern auch für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig. Das Angebot für Null- bis Dreijährige soll daher weiter ausgebaut werden, ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr wäre wünschenswert. Ziel ist zudem die Weiterentwicklung des Wiener Bildungsplans für elementarpädagogische Einrichtungen sowie der Ausbau und die Intensivierung der Sprachförderangebote in elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen.

Die Übergänge zwischen Bildungseinrichtungen brauchen intensive Zusammenarbeit zwischen den Institutionen, damit Kinder optimal gefördert werden können. Um die Wirkung der Bildungsarbeit in den einzelnen Einrichtungen zu stärken, wird die Stadt Wien die Kooperation und die Abstimmung der pädagogischen Schwerpunktsetzungen zwischen den Bildungsträgern auf Stadtteilebene in „Bildungsgrätzln“ weiter intensivieren.

Eingesetzt werden sollen Portfoliomappen mit Förder- und Potenzialanalyse unter koordinierter Zusammenarbeit der PädagogInnen an den Schnittstellen der Bildungseinrichtungen und ein Perspektiven-Coach mit einem Perspektivenplan etwa im Rahmen der „Ausbildung bis 18“. Deutsch als Unterrichtssprache soll für alle möglich sein (ua durch Sprachförderkurse), muttersprachlicher Unterricht soll als Basis für Deutsch als Zweitsprache forciert und das Potenzial der Sprachenvielfalt genutzt und gefördert werden. Wien bietet durch soziale Staffelung der Betreuungs- und Essensbeiträge leistbare Ganztagschulen mit einem abwechslungsreichen Schulalltag aus Lernen, Erlebnissen und Erholung über den Tag verteilt.

Zusätzlich braucht die steigende Zahl an SchülerInnen mehr Schulraum an gezielten Bildungscampusstandorten; mit Schulneubauten und Schulerweiterungsprojekten wird dieser quantitativen Herausforderungen begegnet. Darüber hinaus gibt es verstärkte Kooperation außerschulischer Jugendarbeit und Schule in „Bildungsgrätzln“; FreizeitpädagogInnen bilden einen wichtigen Teil der pädagogischen Teams. Die Mehrfachnutzung von Sportanlagen und Freiflächen in den Schulen und temporäre Nutzung von öffentlichem Raum in dicht bebauten Stadtteilen wird intensiviert, modulare Schulräume forciert.

Mit der schrittweisen Einführung der Ausbildungspflicht bis 18 wurde die Verbindlichkeit zur Teilnahme an einer Ausbildung für Jugendliche erhöht. Zentrales Ziel sind ausreichende und passende Angebote für alle Jugendlichen in dieser Stadt zur beruflichen Erstausbildung, insbesondere durch eine ausreichende Zahl an Schulplätzen, betrieblichen und überbetrieblichen Lehrausbildungsplätzen und Angeboten für Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf. Die Stadt Wien bekennt sich ausdrücklich dazu, dass Jugendlichen in Wien ein einladendes und angemessenes Ausbildungsangebot zur Verfügung steht, bevor Sanktionen verhängt werden, wenn sie ihrer Ausbildungspflicht nicht nachkommen. Dafür ist ein Forcieren der Kooperation zwischen zuständigen Institutionen für Maßnahmen zur Erfüllung der Ausbildungspflicht erforderlich. Die Paktpartner fordern außerdem gemeinsam vom Bund, dass jugendliche AsylwerberInnen Teil der „Ausbildung bis 18“ werden müssen.

Für die „Wiener Ausbildungsgarantie“ wurde ein kooperatives System von Bildungsdirektion, AMS Wien, Sozialministeriumservice, dem waff, dem FSW, involvierten Magistratsabteilungen und den Sozialpartnern eingerichtet, die ihre jeweiligen Unterstützungsangebote für Jugendliche aufeinander abstimmen. Gemeinsames Ziel ist, dass es für jede Jugendliche und jeden Jugendlichen in Wien einen Ausbildungsplatz gibt. Weiters werden Angebote zur Berufsorientierung und damit Wege zum Beruf forciert.

Auch der Ausbau von Brückenangeboten und weiterführender Berufsausbildung für neu zugewanderte Jugendliche, die ihre Schulpflicht bereits vollendet haben, wie zB das Jugendcollege oder Interspace, ist von zentraler Bedeutung. Angebote braucht es ebenfalls im Rahmen von Berufspraktischen Tagen und Plätzen für Pflichtpraktika. Weiters sind mehr Praktikumsplätze für junge Frauen und Männer in Betrieben „nicht traditioneller Bereiche“ und technischer Berufe das Ziel. Handwerklich-technische Bildung an Schulen soll gefördert und Werkstätten für Jugendprojekte geöffnet werden. Weitere Vorhaben sind die „Berufsorientierung“ als eigener Gegenstand an allen Schulen der Sekundarstufe eins sowie an allen Schulen der neunten Schulstufe. Einen besonderen Stellenwert nimmt die überbetriebliche Lehrausbildung ein, die Finanzierung ausreichender Ausbildungsplätze muss sichergestellt sein.

LEHRE

Um den Mangel an betrieblichen Lehrstellen auszugleichen, wurde in Wien ein dichtes Netz an überbetrieblichen Lehrwerkstätten vom AMS unter Mitfinanzierung der Stadt Wien

eingerrichtet. Wien sichert damit jährlich die Ausbildung von bis zu 4.000 Jugendlichen. Mit den Lehrstellen der Stadt Wien und ihrer Unternehmen selbst sowie der überbetrieblichen Lehrwerkstätten wird jedes dritte Lehrverhältnis ermöglicht. Durch eine wirkungsorientierte Lehrstellenforderung, Qualitätsmanagement in der betrieblichen Ausbildung und eine zeitgemäße Gestaltung der Lehrabschlussprüfung soll eine Verbesserung der betrieblichen und schulischen Rahmenbedingungen in der dualen Ausbildung erreicht werden.

Die Initiative „Wiener Qualitätssiegel TOP Lehrbetrieb“ soll fortgeführt und ausgeweitet werden, und es soll einen Campus mit berufsbildenden Schulen und Polytechnischer Schule geben. Der Bund soll sicherstellen, dass es keine Prüfungskosten für Lehrlinge bei der Lehrabschlussprüfung gibt. Ebenso ermöglicht werden sollen ein kostenfreies Nachholen des Lehrabschlusses und ein entsprechendes Lehrgangsangebot dazu. Die flächendeckende Ausstattung mit WLAN an allen Berufsschulen und Online-Anmelde-möglichkeit zur Lehrabschlussprüfung sind ebenso Teil der Offensive.

HOCHSCHUL- UND WISSENSCHAFTSSTANDORT WIEN

Wien ist der größte Hochschulstandort im deutschen Sprachraum und verfügt über ein dichtes Netz an Universitäten, Fachhochschulen und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. Wien hat ein differenziertes Angebot an beruflichen Weiterbildungseinrichtungen und Bildungsangeboten am freien Bildungsmarkt. Um aktuellen Veränderungsprozessen gerecht zu werden, ist die Förderung digitaler und technischer Kompetenzen durch den Fokus auf entsprechende Studiengänge wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Wien.

Eine gemeinsame „Plattform Wiener Hochschulen“ soll dazu dienen, die Kräfte zu bündeln, Synergien zu heben und den Forschungs- und Wissenschaftsstandort Wien noch besser international zu positionieren. Die Fachhochschulforderung soll über das Jahr 2019 hinaus abgesichert werden. Die Vereinbarkeit von Studium und Beruf soll durch den Ausbau berufsbegleitender Angebote verbessert werden. Studienchancen von Kindern aus ArbeitnehmerInnenfamilien müssen durch bessere Information und den Abbau finanzieller Barrieren gefördert werden. Studiengänge von MINT- und IKT-Fächern sollen verstärkt gefördert werden, insbesondere Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in diesen Fächern.

LEBENSLANGES LERNEN UND BERUFLICHE WEITERBILDUNG

Mit dem „Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung“ hat sich der Wiener ArbeitnehmerInnenforderungsfonds (waff) der Stadt Wien als erfolgreiche Anlaufstelle für Wiener ArbeitnehmerInnen etabliert. Er unterstützt Wiener ArbeitnehmerInnen durch hochwertige individuelle Beratung bei der Planung und Umsetzung von Aus- und Weiterbildung sowie beruflichen Veränderungsprozessen, bietet Information, schafft Transparenz und

ermöglicht finanzielle Unterstützung. Wiener ArbeitnehmerInnen erhalten eine anbieterunabhängige und öffentlich finanzierte Bildungsberatung sowie vielfältige Unterstützung dabei, sich am Arbeitsmarkt zu orientieren, beruflich weiterzuentwickeln und zu qualifizieren. Weiters stellt die Stadt Wien über den waff Arbeitsstiftungen bereit, wenn in Wiener Unternehmen ein Personalabbau unabwendbar ist. Mit diesem wichtigen Instrument können die betroffenen ArbeitnehmerInnen eine neue berufliche Perspektive entwickeln. Die Angebote des waff werden laufend erweitert und angepasst und ArbeitnehmerInnen in ihrer beruflichen Weiterentwicklung unterstützt.

An der verstärkten Vermittlung digitaler Kompetenzen sowie überfachlicher Kompetenzen wird gearbeitet. Es bedarf eines modernen Angebots an Berufs- und Bildungsberatung als Orientierung im „Bildungsdschungel“ und professioneller Unterstützung wie im waff-„Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung“ oder im „Netzwerk Bildungsberatung Wien“.

Leuchtturmprojekte

■ Beratung und Begleitung bei beruflichen Veränderungsprozessen

Das „Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung“ des waff ist ein österreichweit einzigartiges Instrument zur Unterstützung von ArbeitnehmerInnen bei beruflicher Veränderung und Weiterbildung. Die individuelle und vom Bildungsträger unabhängige Beratung und die Förderungen für Weiterbildungen sollen aus einer Hand erfolgen. Mit dem „Digi-Winner“ und dem „Digi-Bonus“ wurden von AK und waff Instrumente zur Förderung der Weiterbildung im Zuge des digitalen Wandels geschaffen. AK und ÖGB machen ihre Mitglieder verstärkt auf die Unterstützungsangebote des waff aufmerksam.

■ Erhalt der Arbeitsstiftungen als Instrument bei strukturellen Veränderungen

AK Wien, ÖGB und die Stadt Wien setzen weiterhin auf das bewährte Instrument der Arbeitsstiftung, wenn bei Unternehmen in Wien Personalabbau in größerem Stil unerlässlich wird. Damit steht Betriebsräten und Geschäftsführungen ein Instrument zur Verfügung, mit dem notwendige Anpassungen vorgenommen werden können und die betroffenen ArbeitnehmerInnen eine neue Perspektive erhalten.

■ Chancen-Index für Wien

Um für jedes Kind unabhängig von der Herkunft ein optimales Lernumfeld zu schaffen, braucht es zusätzliche vom Bund bereitgestellte PädagogInnen, die auf Basis eines Chancen-Index verteilt werden. Zusätzlich setzt Wien einen Schwerpunkt auf Schulstandorte mit besonders hohem Förderbedarf. Die von der Stadt Wien bereitgestellten Personalressourcen, wie beispielsweise die Förderung 2.0, werden mit besonderem Fokus auf die Schulen mit hohen sozialen Herausforderungen (Index 6 und 7) verteilt. Begleitet wird dies von einem umfassenden Schulentwicklungsprogramm für diese Schulen.

■ Wiener Fachhochschul-Förderung

Die Stadt Wien fördert die Wiener Fachhochschulen über die Magistratsabteilung 23 – Arbeit, Wirtschaft und Statistik. Wiener Fachhochschul-Erhalter erhalten so – zusätzlich zur Bundesförderung, die unbedingt weiter ausgebaut werden sollte – Zuschüsse, um innovative Projekte durchführen und Stiftungsprofessorinnen und -professoren anstellen zu können. Im Zeitraum 2015 bis 2019 werden die Wiener Fachhochschulen mit insgesamt 18 Millionen Euro von der Stadt Wien gefördert. Diese Fachhochschulförderung ist für den Technologie- und Wirtschaftsstandort Wien unverzichtbar und soll weitergeführt bzw. modernisiert und ausgebaut werden.

Digitalisierung zum Nutzen der Menschen

Ausgangssituation

Die Digitalisierung sämtlicher Lebensbereiche der Menschen schreitet mit rasender Geschwindigkeit voran. In der Metropolregion Wien sind mehr als 60.000 Personen allein in IT-Unternehmen beschäftigt. Zählt man jene Branchen dazu, die als stark IKT-lastig gelten, so kann man sogar von beinahe 200.000 Beschäftigten in diesem Bereich sprechen. Da Wien das Ziel verfolgt, Digitalisierungshauptstadt zu werden, wird auch dafür Sorge getragen, dass die Digitalisierung der Lebensqualität aller zugutekommt und den schonenden Umgang mit Ressourcen fördert. Es gilt deshalb die Digitalisierung aktiv zu gestalten, indem der Mensch mit seinen sozialen und gesellschaftlichen Bedürfnissen in den Mittelpunkt dieser Entwicklung gestellt wird („Digitaler Humanismus“). Die Chancen der Digitalisierung sind zu nutzen und zugleich die Risiken für die Menschen zu minimieren.

Dafür wurde die „Digitale Agenda Wien“ aufgesetzt, ein Partizipationsprojekt, mit dem die Zukunft der Digitalisierungshauptstadt Wien gestaltet wird. Sie ist als langfristige Digitalisierungsstrategie Resultat eines kollektiven Arbeitsprozesses zwischen BürgerInnen, der Wiener Stadtverwaltung sowie UnternehmerInnen und soll unter reger Beteiligung der Sozialpartner stetig weiterentwickelt werden.

Informationstechnologie ermöglicht eine Vielzahl an neuen Möglichkeiten für die partizipative Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger – sowohl niederschwellig als auch in komplexen Verfahren. Die Stadt achtet auf die digitalen Rechte aller Wienerinnen und Wiener und den niederschweligen Zugang zu digitaler Information, barrierefreie Partizipation und Teilhabe für alle sozialen Gruppen, um den „Digital Divide“ so weit als möglich zu minimieren. Smarte digitale Lösungen zeichnen sich in Wien durch einfachen Zugang zu städtischen Informationen aus, insbesondere zum Zugang zu städtischen Leistungen. Weitere Einsatzbereiche sind die Mobilität und die Vereinfachung von Behördenwegen.

Mit der Digitalisierung in den kommenden Jahren werden gravierende Auswirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt verbunden sein. Das Arbeitsangebot mehrerer Branchen wird sich ändern – etwa im Einzelhandel und Vertrieb aller Arten von Produkten, aber auch in der Personenmobilität. In fast allen Branchen werden neue Arbeitsplätze für Höherqualifizierte im digitalen Wirkungsbereich entstehen, während zahlreiche Arbeitsplätze wegfallen, deren Funktion automatisiert werden kann. Komplexe Arbeiten werden schon heute in immer kleinere Teilaufgaben zerlegt und im Wege digitaler Plattformen als Kleinstaufträge an prekär Beschäftigte vermittelt. Diese Entwicklung wird künftig noch mehr an Bedeutung gewinnen. Den durch die Digitalisierung neu entstehenden Herausforderungen soll gemeinsam aktiv entgegengetreten werden.

Handlungsfelder

BILDUNG UND DIGITALISIERUNG

Digitaler Wandel erfordert neue Pädagogik in allen Bildungseinrichtungen und freien Zugang zu digitaler Bildung für alle Menschen. Digitale Infrastruktur soll an allen Schulen und für LehrerInnen verbessert werden (zB WLAN-Ausbau, E-Mail-Adresse und virtuelle Arbeitsplätze für LehrerInnen). Ziel ist eine Fortbildungsoffensive für PädagogInnen mit der Pädagogischen Hochschule Wien und ein Ausbau sowie die Weiterentwicklung digitaler Unterrichtsangebote an allen Schulen. Die digitale Kompetenz von SchülerInnen ist verstärkt zu fördern, vor allem sind Inhalte zum Thema Recht, Sicherheit und Datenschutz im Netz zu vermitteln. Ein Schwerpunkt wird dabei auf die digitale Qualifikation von Lehrlingen durch Modernisierung der Werkstätten und Klassenräume in den Berufsschulen und durch eine moderne Ausbildung gelegt. Da Mädchen und Buben sich im Internet unterschiedlich bewegen, sollen auch gendersensible Themen vermittelt werden. Stadt Wien, AK und ÖGB unterstützen die Positionierung Wiens als Digitalisierungshauptstadt und setzen Initiativen im Rahmen der Digitalcity Wien (www.digitalcity.wien), insbesondere mit dem Schwerpunkt Bildung und Generationengerechtigkeit.

DIGITALE KOMPETENZEN

Stadt Wien, ÖGB und AK Wien kümmern sich darum, dass die Menschen in Wien gut für die künftigen Arbeitswelten qualifiziert sind und dass der Arbeitsmarkt weiterhin der Diversität der BürgerInnen entgegenkommt. Die „Smart City Wien“-Rahmenstrategie geht aber auch auf nichtdigitale Lösungen und digital benachteiligte Menschen aktiv ein und gewährleistet so, dass niemand von Services ausgeschlossen oder benachteiligt wird. Die Stadt Wien, die AK und der ÖGB bauen ihre digitalen Services aus.

TECHNOLOGIETRENDS SOZIAL VERTRÄGLICH GESTALTEN

Der Einsatz von Technologien wie künstliche Intelligenz, autonomes Fahren, Internet of Things, Data Analytics oder Blockchain wird vorab stets unter dem Blickwinkel der Nutzenstiftung für die Menschen betrachtet. Der Einsatz von Technologien wird demokratisch diskutiert und politisch durch entsprechende Rahmenbedingungen geregelt. Wien hat zu gewährleisten, dass der Einsatz von Technologien sich nicht primär entlang der technischen Machbarkeit, sondern vor allem an deren politischer Sinnhaftigkeit orientiert.

SOVERÄNITÄT ÜBER PERSÖNLICHE DATEN

Die Stadt stellt in ihrem Wirkungsbereich sicher, dass persönliche Daten von BürgerInnen unter demokratischer Kontrolle verwaltet bleiben. Dies wird durch die Unterstützung von NOYB (none of your business), der europäischen NGO für digitale Rechte zur Durchsetzung des Datenschutzes, und die Beteiligung an der Eurocities-Initiative „Cities for Digital Rights“ verdeutlicht.

PLATTFORMÖKONOMIE – VON DER SHARE ZUR FAIR ECONOMY

„Sharing Economy“ braucht klare Regeln und faire Rahmenbedingungen – für Beschäftigte und AnbieterInnen. Plattformen, die beispielsweise Fahrtendienste oder Übernachtungsmöglichkeiten vermitteln, sind prinzipiell wie Vermittler von Fahrtendiensten oder Fremdenzimmern zu behandeln, nicht wie IT-Unternehmen. Transparenz und Kooperation mit Behörden wird für Vermittlungsplattformen als Grundlage für rechtliche Fassbarkeit und die ökonomische Aktivität in Wien vorausgesetzt. Initiativen, die kleineren stationären EinzelhändlerInnen beim Einstieg in den Onlinehandel helfen, sind in Wien zu unterstützen. Unternehmen sind gefordert, ihre innerbetriebliche Weiterbildung an die neuen Herausforderungen anzupassen und zu forcieren. Im Wettbewerb sind faire Rahmenbedingungen zwischen stationärem Handel und Onlinehandel zu gewährleisten: Gewinne sind zum Beispiel dort zu versteuern, wo sie erwirtschaftet werden.

Leuchtturmprojekte

■ **Umsetzung des Digitalisierungspakts der Stadt Wien mit den Sozialpartnern**

Um insbesondere den Fachkräftebedarf in der IKT sicherzustellen, werden die bestehenden Initiativen in der Stadt Wien auf Synergien überprüft und gebündelt (zB Digital City Wien, FH-Förderung der Stadt Wien, waff, Initiativen der Wirtschaftsagentur Wien, Wiener Bildungsdirektion).

■ **„Digi-Winner“ forcieren – Qualifizierungsprogramm für digitale Kompetenzen**

AK Wien und waff haben mit dem „Digi-Winner“ ein Förderprogramm für ArbeitnehmerInnen geschaffen, um sie für den digitalen Wandel fit zu machen. Gemeinsam verstärkt beworben wird das neue Qualifizierungsprogramm für Wiener ArbeitnehmerInnen, durch das sie bei Qualifizierungen und Weiterbildungen im Kontext Digitalisierung unterstützt werden. Wiener ArbeitnehmerInnen erhalten Beratung und konkrete Förderung bei Weiterbildungsvorhaben im Bereich Digitalisierung.

■ **Unterstützungsmöglichkeiten für den stationären Handel**

Ausgehend von der Initiative „Shöpping Wien“ werden Schlüsse für weitere Unterstützungsmöglichkeiten des stationären Handels gegenüber dem Online-Handel gezogen werden. Pilotversuche von Güterverteilzentren werden als mögliches Mittel zur Verkehrsreduktion und faire Beschäftigung bewertet und forciert.

■ **Ausbau der digitalen Services der Stadt, der AK und des ÖGB**

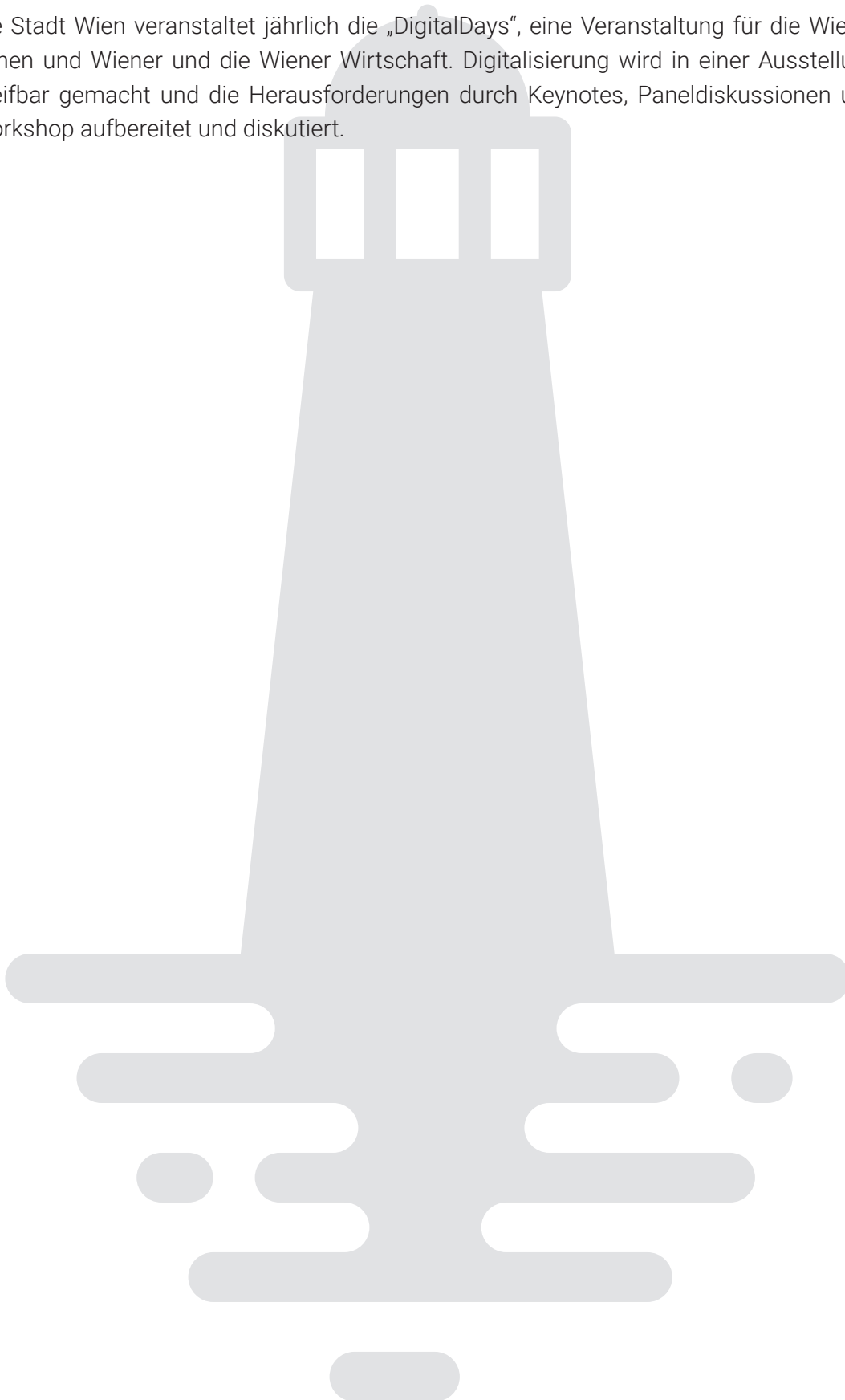
Wien baut digitale Partizipations- und Kommunikationsangebote für die BürgerInnen unter dem Dach „Mein.Wien“ sukzessive aus. Auch bestehende Digital-Services aus dem Wohnbau-Bereich, wie etwa der Mietenrechner und Betriebskostenrechner der Mieterhilfe, werden in Hinblick auf weitere Anwendungen geprüft. Der ÖGB erweitert seine digitalen Services und Informationsangebote und unterstützt so ArbeitnehmerInnen, schnell und einfach zu ihrem Recht zu kommen – zB über www.arbeit-recht-einfach.at im Job, dem Kollektivvertrag-Informationsportal www.kollektivvertrag.at und dem All-in-Rechner www.allinrechner.at. Die neue Betriebsrats-APP „Mein BR“ liefert ArbeitnehmerInnen Neuigkeiten und Services rund um ihren Betriebsrat direkt aufs Smartphone.

■ **WAALTER – Wiener Active and Assisted Living Testregion**

Mit dem Forschungsprojekt WAALTER werden Technologien im Bereich der Betreuung älterer Menschen ausprobiert und deren Einsatz gemeinsam mit den Betroffenen analysiert und bewertet, um entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Dieses Projekt zeigt deutlich, dass Digitalisierung ein Thema ist, das alle Generationen betrifft.

■ **Bewusstseinsbildung**

Die Stadt Wien veranstaltet jährlich die „DigitalDays“, eine Veranstaltung für die Wienerinnen und Wiener und die Wiener Wirtschaft. Digitalisierung wird in einer Ausstellung greifbar gemacht und die Herausforderungen durch Keynotes, Paneldiskussionen und Workshop aufbereitet und diskutiert.





Zusammenleben in der wachsenden Metropole Wien

Ausgangssituation

Städte waren schon immer die Motoren gesellschaftlicher Veränderung, Orte des Ausprobierens und der Innovation. Hier finden Menschen verschiedenster Herkunft und Weltanschauung Platz, hier müssen die Kompromisse des Zusammenlebens täglich neu verhandelt werden, und hier können Menschen ihr kreatives Potenzial voll entfalten. Städte sind der Ort, an dem Widersprüche produktiv gemacht werden und so Neues und Besseres entstehen kann. Immer mehr Menschen fühlen sich von diesen Herausforderungen und Möglichkeiten der Städte angezogen, ein urbanes Lebensgefühl sowie die Möglichkeiten auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt sind attraktiv und ziehen insbesondere junge Menschen an. Dadurch wachsen Städte – und insbesondere Wien – an Bevölkerung, was viele neue Chancen, aber auch einige Herausforderungen mit sich bringt.

Wien hat diese Herausforderungen in den vergangenen Jahrzehnten herausragend gemeistert und liegt seit Jahren in den Rankings der lebenswertesten Städte auf vorderen Plätzen. Die Zufriedenheit der Wienerinnen und Wiener selbst ist ebenfalls auf einem beachtlichen Niveau angelangt: Mehr als 90 Prozent wohnen gerne oder sehr gerne in ihrer Stadt. Hierfür sind nicht zuletzt die gute Wohnsituation, die Versorgung mit infrastrukturellen Einrichtungen im Verkehrsbereich und in der sozialen Infrastruktur, aber auch die Wohnumfeldqualität, die Grünraumversorgung, die Nähe zu kulturellen Einrichtungen und die nach wie vor gute soziale Mischung und das weitgehende Fehlen von sozialen Problemgebieten mitverantwortlich. Kurzum: Öffentliche Infrastruktur ist ein zentrales Element der Wiener Lebensqualität. So sorgen der soziale geförderte Wohnbau und die Gemeindebauten in Wien für leistbares Wohnen und eine generelle Preisdämpfung, um die uns andere Städte beneiden. Die Verteilung dieser Wohnungen über das ganze Stadtgebiet verhindert zudem das Entstehen von Ghettos, wie es in zahlreichen anderen Metropolen zu beobachten ist.

Der gut ausgebaute öffentliche Nahverkehr ermöglicht Mobilität für alle in Wien und nach Wien und leistet einen erheblichen Beitrag zum Umweltschutz. Mit dem 365-Euro-Jahresticket ist ein international beachteter Schritt gelungen, der eine weitere Verbesserung des Modal Split nach sich gezogen hat; bereits zwei Drittel aller Wege werden in Wien mit den Öffis (39 %), per Rad (7 %) oder zu Fuß (25 %) zurückgelegt und nur 29 % mit dem Pkw – hinter der Stadtgrenze ist es genau umgekehrt. Es verwundert daher nicht, dass 95 % der WienerInnen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zufrieden oder sogar sehr zufrieden sind – ein Spitzenwert in Europa. Zur Aufrechterhaltung der guten Lebensqualität und der sozialen Mischung braucht es aber auch die Herstellung möglichst gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilen der Stadt und den Erhalt der guten Lebens- und

Versorgungsqualität in Wien durch die Beibehaltung städtischer Mindeststandards (Kinderbetreuungsplätze, Schulversorgung ...).

Wiens diverse Bevölkerungsstruktur – Menschen aus rund 200 Nationen leben in Wien, ein Drittel der Bevölkerung ist im Ausland geboren – bietet viele Chancen, aber auch Herausforderungen, um ein gutes Zusammenleben zu ermöglichen. Die aufgrund von Geburtenüberschüssen und positiven Wanderungsbilanzen wachsende Bevölkerung Wiens bedeutet auch, dass weiter in den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur investiert werden muss, um die hohe Lebensqualität in Wien erhalten zu können.

Handlungsfelder

WOHNEN

Der geförderte und soziale Wohnbau in Wien ist ein internationales Vorzeigemodell. Die Bündnispartner bekennen sich zu dessen Erhalt und Ausbau. Leistbares Wohnen ist besonders für allein lebende Menschen und AlleinerzieherInnen ein Thema. Die Versorgung mit ausreichend leistbarem Wohnraum in guter Qualität auch in innerstädtischer Lage wird sichergestellt. Die Bedeutung von Nachverdichtung steht dabei außer Frage. Gleichzeitig sind gesetzliche, technische und wirtschaftliche Restriktionen (zB Denkmalschutz bzw Statik) ebenso zu beachten wie die Interessen von BestandsmieterInnen und andere Zielsetzungen (zB Schaffung von Grünraum, im Gemeindebau das Konzept „Licht, Luft und Sonne“).

Die effiziente Nutzung von schon bebauten Grundstücken für den geförderten Wohnbau ist eine prioritäre Aufgabe in der Stadtverwaltung. Dazu gehören das systematische Screening der vorhandenen Flächen sowie die Qualitätssicherung der Bauprojekte. Wiener Wohnen evaluiert und analysiert laufend Potenziale. Private Projektentwickler müssen bei Projektentwicklungen verpflichtet werden, einen Teil der Wohnungen langfristig, kostengünstig analog zum geförderten Sektor zu vermieten. Dies wird durch die neue Widmungskategorie „geförderter Wohnbau“ in der Bauordnung sichergestellt. Der soziale geförderte Wohnbau wird als zentraler preisdämpfender Faktor anerkannt. Eine Verknappung von Wohnraum durch die regelmäßige kurzfristige touristische Vermietung wird nicht mehr toleriert.

VERKEHR

Gerade die dynamische Entwicklung der Metropolregion stellt neue Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur und an das Verkehrsangebot. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der Erhalt und Ausbau eines qualitätsvollen ÖV-Angebots insbesondere in und zwischen den stark wachsenden Bezirken und die Verknüpfung der Stadt mit dem Umland. Die gute Infrastruktur der Stadt muss daher auch weiterhin im Einklang mit der wachsenden Bevölkerung ausgebaut werden. Der Ausbau und die Angebotserweiterung im hochran-

gigen U-Bahn- und S-Bahn-Netz sind dabei ebenso zu forcieren wie jene bei Straßenbahn und Bus.

Wien strebt eine weitere Verbesserung des Modal Split an, das heißt, die Wege sollen vermehrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, um die Umweltbelastung durch den Verkehr weiter zu reduzieren. Die sechste Donauquerung ist eine Chance für die stark belasteten Ortskerne von Hirschstetten, Aspern, Essling, Breitenlee und mit Maßnahmen wie dem ÖV-Ausbau zu begleiten, um einen maximalen Effekt zu erzielen.

INTEGRATION

Stadt Wien, AK und ÖGB bekennen sich zum Prinzip „Integration ab Tag eins“, das Neuzugewanderten den Zugang zu Integrationsmaßnahmen von Anfang an ermöglicht. Das spart Zeit, Geld und führt schlussendlich dazu, dass Menschen viel schneller auf eigenen Beinen stehen und ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Dazu gehört eine entsprechende soziale Absicherung. Das heißt, dass Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte weiterhin Anspruch auf Leistungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung in voller Höhe unabhängig von einer Mindestaufenthaltszeit in Wien haben sollen. Stadt Wien, AK und ÖGB fordern die Bundesregierung auf, die finanziellen Mittel für das Integrationsjahr für Asylberechtigte freizugeben bzw das Integrationsjahr für alle Neuzugewanderten zu öffnen, um auch Zugewanderten aus EU-Staaten und Drittstaaten eine Perspektive in Österreich zu geben.

ÖFFENTLICHER RAUM

Der öffentliche Raum als Bindeglied innerhalb der städtischen Strukturen ist entscheidender Faktor für die Lebensqualität in der Stadt. Aufgrund des Bevölkerungswachstums steigen die Ansprüche an den öffentlichen Raum. Es braucht einen öffentlichen Raum, der für alle Menschen uneingeschränkt zugänglich und entsprechend hochwertig ausgestattet ist. Öffentliche und gemeinnützige Interessen müssen Vorrang vor individuellen Ansprüchen, nichtkommerzielle Nutzungen vor kommerzieller Raumnutzung haben.

Den vermehrten Anforderungen an den öffentlichen Raum ist zu entsprechen. Der öffentliche Raum ist an die geänderten Mobilitätserfordernisse (Zufußgehen, Radfahren, öffentlicher Verkehr) anzupassen. Besonderes Augenmerk ist auf die Berücksichtigung der nichtkommerziellen Ansprüche, die intensivierte Mehrfachnutzung von Sportanlagen und Freiflächen in den Schulen und die temporäre Nutzung von öffentlichem Raum in dicht bebauten Stadtteilen zu legen.

Leuchtturmprojekte

■ **Wohlstandsmessung geht über das BIP hinaus**

Anschließend an den Wohlstandsbericht der AK sollen die Indikatoren zur Wohlstandsmessung weiterentwickelt und die Bedeutung öffentlicher Infrastrukturen für die Lebensqualität noch sichtbarer gemacht werden. Denn Wien denkt in Sachen Bewertung eines Standorts weiter als bis zum BIP. Auch die sozialen Indikationen des Klimawandels sollen untersucht werden.

■ **Leistbares Wohnen**

Stadt Wien, AK und ÖGB bekennen sich zum Erhalt und Ausbau des langfristig leistbaren Wohnungsbestandes und setzen auf Maßnahmen zur Ankurbelung und Fortführung des geförderten Wohnbaus. Die Bündnispartner erarbeiten Strategien und setzen sich neben der Fortführung der Wohnbauoffensive 2018–2020 und dem Neubau von 4.000 Gemeindewohnungen auch längerfristig für die Schaffung und Verbesserung geeigneter Grundlagen für den leistbaren Wohnungsneubau ein, so zB durch die intensive Umsetzung der neuen Widmungskategorie „geförderter Wohnbau“ und die gemeinsame Unterstützung der Europäischen Bürgerinitiative „Leistbares Wohnen“.

■ **Soziales Grundrecht Mobilität**

Stadt Wien, AK und ÖGB bekennen sich zum sozialen Grundrecht auf Mobilität. Diese muss ökologisch und sozial gerecht sein. Der Umweltverbund (zu Fuß, per Rad, Straßenbahn, Bus, U-Bahn und S-Bahn) ist daher zu stärken. Die Bündnispartner setzen sich für die Fortführung des erfolgreichen Wiener Weges und den weiteren Ausbau der nachhaltigen Verkehrsträger ein.

■ **Öffentlicher Raum**

Stadt Wien, AK und ÖGB bekennen sich zum öffentlichen Raum als Bindeglied innerhalb der städtischen Strukturen und entscheidendem Faktor für die Lebensqualität in der Stadt. Die Bündnispartner erarbeiten gemeinsam Strategien, um die Mehrfachnutzung von Sportanlagen und Freiflächen in den Schulen sowie die temporäre Nutzung von öffentlichem Raum in dicht bebauten Stadtteilen zu intensivieren.

■ **Umweltgerechtigkeit**

Die Stadt Wien, die AK und der ÖGB definieren ein gemeinsames Untersuchungsprojekt zum Thema Wohnen und Umweltgerechtigkeit.

Bündnis für das wachsende Wien

Vereinbarung der Stadt Wien, Arbeiterkammer Wien und Österreichischer Gewerkschaftsbund

Wien, 20. März 2019

Dr. Michael Ludwig
Bürgermeister der Stadt Wien

Renate Anderl
Präsidentin der AK Wien

Wolfgang Katzian
Präsident des ÖGB

